



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 228. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 17. Mai 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Petersburg, 16. Mai. Die heutige „Börsezeitung“ bringt ein kaiserliches Decret, durch welches die Häfen von Nicolajeff und Cherson für ausländische Schiffe geöffnet werden. Es sollen daselbst am 1. bis 13. Juni Zollämter errichtet werden.

Von der polnischen Grenze, 16. Mai. Nach einem Gerüchte hätte in Warschau bei einigen höheren Militärpersonen Hausfuchung stattgefunden, und sei für Einige Hausarrest angeordnet worden. General Nzewuski wird als Stellvertreter des Generals Krzyznowski bezeichnet. (S. unsere warschauer Correspond. in Nr. 225 d. Ztg. und weiter unten, D. Red.).

Brüssel, 15. Mai. Die „Independ.“ enthält ein Telegramm aus dem Haag, nach welchem die zweite holländische Kammer mit 47 gegen 7 Stimmen den mit Belgien in Betreff der Maaschiffahrt stipulirten Vertrag verworfen habe.

London, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Layard auf eine desfallsige Interpellation Barton's, daß Spanien noch immer fortjähre wegen Cuba zu unterhandeln, daß aber Vorstellungen über diesen Gegenstand in Madrid gemacht worden seien. Was den Sklavenhandel in Ostafrika betreffe, so habe Cowley die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf gelenkt und sei eine Untersuchung angeordnet worden.

Napoli, 15. Mai. Das „Giornale di Napoli“ sagt: Die Ankunft des Prinzen Napoleon darf keine verfrühten Hoffnungen in der römischen Frage erzeugen, die fern davon die Lösung zu beschleunigen, dieselbe nur aufhalten würde. Die Anwesenheit des Prinzen sichert noch mehr die herzliche Uebereinstimmung des Kaisers Napoleon mit dem Könige Victor Emanuel, wenn auch der Prinz mit keiner besonderen Mission betraut sei.

Mailand, 15. Mai. Cattabeni, Oberst der aufgelösten Süd-Armee, wurde in der Nacht des 13. d. in TreSCORE verhaftet. Garibaldi veröffentlicht in der „Mailänder Zeitung“ ein Schreiben, worin er diese ohne die vom Gefehe vorgeschriebenen förmlichkeiten erfolgte Verhaftung und Abführung Cattabeni's nach Mailand anzeigt, und dem Lande in Erinnerung bringt, daß, wenn die Regierung verpflichtet ist, der Gerechtigkeit Achtung zu verschaffen, sie auch verpflichtet sei, die Würde ihrer Bürger, und besonders der um das Vaterland verdienten, zu achten.

Konstantinopel, 10. Mai. Die Errichtung einer direkten Telegraphenlinie zwischen hier und Bosna-Sera über Pristina mit einer Abzweigung nach Pizrend ist beschlossen worden. General Chesney ist in Angelegenheiten der Euphratbahn hier angekommen.

Der österreichisch-türkische Handelsvertrag wurde am 6. d. M. unterzeichnet. Nisa Pascha erhielt die Erlaubnis, zur Herstellung seiner Gesundheit nach Brussa zu gehen. Zwei Dampfer schwachen Tiefganges sind nach Albanien abgegangen, um an der Boyana-Mündung stationirt zu werden. Der Prinz von Wales wird nicht vor dem 17. d. hier eintreffen. Neues Pascha wurde anstatt Zahir Paschas zum Gouverneur von Brussa ernannt. Die Commission zur Untersuchung der an die Raja's erteilten fremden Pässe hat ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit suspendirt. Die Arbeiten an der Eisenbahn von Adrianopel beginnen nächstens.

Smyrna, 9. Mai. Die Pforte erlaubte dem hiesigen Gouverneur, die im Lazareth untergebrachten griechischen Flüchtlinge freizulassen und ihnen auf Verlangen Pässe nach andern Orten auszustellen. Die Flüchtlingführer wollen sich nach Italien begeben. Ein hier garnisirendes Garde-Bataillon hat sich nach Scutari in Albanien eingeschifft.

Athen, 9. Mai. Graf Kaiserling, bisheriger preussischer Gesandtschafts-Sekretär in Konstantinopel, wurde an Stelle des nach Konstantinopel verjetzten preussischen Gesandten Geschäftsträger in Athen.

Breslau.

Breslau, 16. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem großherzoglich sächsischen Wirklichen Geheimen Rath, Ober-Hofmarschall, Obersten und Flügel-Adjutanten Grafen von Beust den rothen Adlerorden erster Klasse, dem Salinen-Rassen-Rendanten Rechnungs-Rath Decker zu Schnebeck im Kreise Calbe, dem katholischen Pfarrer Gau zu Dendorf im Kreise Rheinbach und dem Partikular Winterstein zu Magdeburg den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem großherzoglich sächsischen Kammerherrn und Hausmarschall von Jedlig den königl. Kronenorden zweiter Klasse, dem katholischen Divisions-Geistlichen Kremer bei der 16. Division und dem Hauptmann im frankfurter Infanterie-Bataillon und Plaz-Major Schuler II. den königl. Kronenorden dritter Klasse, so wie dem Garnison-Arzt Dr. Baerwind in Frankfurt a. M. den königl. Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Stadt- und Kreisrichter Paris in Danzig zum Stadt- und Kreisgerichts-Rath zu ernennen; und dem praktischen Arzte u. Dr. Adalbert Tobold jun. in Berlin die Erlaubnis zur Führung des ihm verliehenen herz. sachsen-meiningischen Sanitäts-Raths-Titels zu erteilen; so wie den Goldarbeitern Carl Moriz Stumpf und Albert Moriz Stumpf zu Danzig (in Firma Moriz Stumpf und Sohn) das Prädikat Allerhöchstdiener Hof-Juweliere zu verleihen.

Am Gymnasium zu Wittenberg ist dem Conrector Dr. Bernhardt das Prädikat „Professor“, und dem ordentlichen Lehrer Dr. Wentrup der Titel „Oberlehrer“ beigelegt, auch der Adjunkt Dr. Winter zum ordentlichen Lehrer befördert worden. Am Gymnasium zu Anklam ist die Anstellung des Collaborators Theodor Heinze als Oberlehrer genehmigt worden. Am Friedrichs-Gymnasium zu Breslau ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Hermann Martgraf als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. An der Realschule zu Magdeburg ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Arthur Richter als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. An der Realschule zu Perleberg ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Jauritz als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. An der Realschule zu Siegen ist die Anstellung des Dr. Robert Richter als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. Am Gymnasium zu Marienburg ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Braut als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Pl. Breslau, 16. Mai. [Die Ankunft Willisen's. — Ministerialrath. — Kühlwetter. — Die Abgeordneten.] Im königl. Palais war die Ankunft des Generals v. Willisen aus Kassel signalisirt. Se. Maj. der König hat den General gleich nach seiner Ankunft empfangen, um dessen mündlichen Bericht entgegenzunehmen. Man will hier wissen, wie weit mit Grund, muß ich dahingestellt sein lassen, daß der General keine direkte Erwiderung auf das Schreiben des Königs an den Kurfürsten mitbringt, um von anderen Gerichten ganz zu schweigen, welche nachgerade anfangen, hier große Aufregung zu verursachen. Der General hat mit dem Minister des Auswärtigen lange Zeit hindurch conferirt und wurde später mit demselben zur königl. Tafel gezogen. Thatsächlich sind übrige die Vorbereitungen zur Mobilmachung sistirt und Befehle erteilt worden, die einberufenen Reserven zum 2. Garde-Regiment, so wie zu den Truppenkörpern des 4. und 7. Armeecorps nach Hause zu entlassen. Auch ist das zweite Garde-Regiment angewiesen worden, nach wie vor die Frühjahrübungen fortzusetzen. — Ferner ist thatsächlich, daß im Laufe des gestrigen Nachmittags von Seiten der diesseitigen

Gesandtschaft in Kassel Depeschen eingetroffen sind, welche den Minister-Präsidenten bewogen hatten, noch um 8 1/2 Uhr Abends eine Conseil-Sitzung anzuberäumen, welche bis nach Mitternacht währte und zu überaus lebhaften Erörterungen geführt haben soll. Der Inhalt derselben entzieht sich begreiflicherweise der Öffentlichkeit. Es wird aber versichert, daß selbst nach Beilegung der jetzt schwebenden Frage die Beziehungen zwischen Preußen und Kurhessen auf längere Zeit hin erschüttert sein dürften. Ueber die Angelegenheit des Reg.-Präs. Kühlwetter und seine Berufung zur Uebnahme des Handelsministeriums waren gestern falsche Angaben verbreitet, Hr. Kühlwetter hat noch nicht definitiv abgelehnt und Berlin noch nicht verlassen. Vielmehr verhält es sich genau so, wie ich wiederholt gemeldet habe. Hr. Kühlwetter besteht auf vollständiger Erhaltung der jetzigen Ressort-Verhältnisse des Handelsministeriums und dessen unabhängige Stellung vom Finanz-Departement. Er hat darüber heute Sr. Maj. dem Könige längeren Vortrag gehalten. — Eine große Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ist bereits hier eingetroffen. Morgen Abend schon beginnen die Fraktionsversammlungen. Die meisten Plätze im Hause sind bereits belegt. Die Fortschrittspartei nimmt die ganze Linke ein. Die Fraktion von Bockum-Dolffs lehnt sich daran in so fern, als sie 8 Plätze vor der Rednertribüne und dann die ganze Seite inne hält, welche rechts vom Präsidenten die ehemals äußerste Rechte einnahm. Die Fraktion Grabow besetzt die Plätze auf der Rechten, hier nehmen auch die 12 Feudalen ihre Sitze ein. Die Ultramontanen besetzen das ganze Centrum, die Polen haben ihre alten Plätze behalten. Vor der Rechten hat Georg v. Vincke seinen alten Platz belegt, neben ihm wird von Patow sitzen.

Berlin, 16. Mai. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute die Vorträge des Vorsitzenden des Staats-Ministeriums, Prinzen von Hohenlohe, des Staatsministers Grafen v. Bernstorff, des Wittl. Geh. Ober-Regierungs-Raths Costenoble, des stellvertretenden Polizei-Präsidenten Geh. Regierungs-Raths v. Winter, so wie die Meldungen der Obersten von Maloffi und v. Schön und mehrerer anderer Offiziere in Gegenwart des General-Feldmarschalls Frhrn. v. Brangel und des Kommandanten, General-Lieutenants v. Alvensleben entgegen. Hierauf empfingen Allerhöchstdieselben den General-Lieutenant und General-Adjutanten v. Willisen und später den Regierungs-Präsidenten Kühlwetter. — Ihre Majestät die Königin hat in Baden ihre Kur begonnen, begünstigt von der ländlichen Ruhe und dem ungewöhnlich schönen Frühjahr. — Se. königl. Hoheit der Großherzog besuchte Allerhöchstdieselbe, welche Ihrerseits Ihre Frau Tochter, die Großherzogin Louise, in Karlsruhe ab und zu besuchen wird.

Berlin, 19. Mai. [Dr. Johann Jakob.] hat jetzt definitiv die Annahme eines Mandats zum Abgeordnetenhaus abgelehnt. In der gestrigen allgemeinen Wahlmännerversammlung des zweiten berliner Wahlbezirks wurde folgendes am Vormittag beim Dr. Tappert aus Königsberg eingegangenes Telegramm verlesen: „Da meine Ablehnung der Kandidatur erfolglos gewesen, bitte ich der Versammlung in meinem Namen zu erklären, daß ich für diese Session kein Mandat anzunehmen entschlossen bin. Herzlichen Gruß und Dank den Wahlmännern. Dr. Johann Jakob.“ Es blieben mithin auf der Kandidatenliste nur die Herren Striethorst, Bauck, Weiß und Gubitz. Es wurde ein Schreiben des Professors Birchow verlesen, in welchem die Kandidatur Bauck's warm empfohlen war. Herr Bauck ist in Berlin anwesend, er ließ aber erklären, er sei von der Reise zu angegriffen, als daß er in der Versammlung erscheinen könne. Man beschloß deshalb, Frn. Bauck in der letzten Vorversammlung am Freitag vor der Schlussabstimmung zu hören.

[Der Kurfürst von Hessen.] Gerüchte, die heute in der Stadt verbreitet sind, wollen wissen, der Kurfürst von Hessen habe die Regierung niedergelegt. Eine Bestätigung fehlt und dürfte auch bei der bekannten Hartnäckigkeit dieses Fürsten noch lange auf sich warten lassen.

Königsberg, 15. Mai. [Vom Vorstande des Handwerkervereins] ist eine Beschwerde gegen den Polizei-Präsidenten Murauch bei der königl. Regierung eingereicht worden, in welcher ausgeführt wird, daß der Hr. Polizeipräsident insofern nicht gefällig gehandelt, als er nach Freigebung des Vereins von Seiten der ersten Instanz des königl. Stadtgerichts, dem Vorstande hiervon nicht Anzeige gemacht. Die königl. Regierung wird ersucht, feststellen zu lassen, wer die Schuld dieser Versäumnis trage und, im Falle sie Frn. Murauch treffe, diesen zu rectifizieren. Gleichzeitig ist von dem Vorstande des neuen königsberger Handwerkervereins eine Eingabe an das königliche Polizeipräsidium gerichtet, in welcher letzteres um die Aufhebung des über denselben ausgesprochenen Verbots ersucht wird, da die Staatsanwaltschaft bekanntlich eine Anklage zurückgewiesen hat.

Posen, 14. Mai. [Der Erzbischof Felinski (Warschau)] hat im „Tygodnik Kat.“, dem hiesigen erzbischöflichen Organ, zur Widerlegung der über seine antinationale Gesinnung verbreiteten Gerüchte eine Erklärung veröffentlicht, die für die „Gazeta Warszawska“ bestimmt, von der russischen Censur aber zurückgewiesen war. Diese Erklärung lautet: „So lange die gegen mich verbreiteten Beschuldigungen bloße Straßengerede waren, hielt ich es nicht für angemessen, darauf zu antworten; heute aber, wo diese Beschuldigungen sogar von inländischen Zeitungen wiederholt werden, erachte ich es für meine Pflicht, zur Aufklärung der Wahrheit mich ebenfalls in öffentlichen Organen vernehmen zu lassen. Zur Ablegung der Trauer habe ich nie, weder auf der Kanzel noch privatim jemand berebet; Personen, die mich nach meiner Meinung über diesen Punkt fragten, gab ich zur Antwort, daß ich als Priester nur insofern ein Recht habe mich in die weibliche Kleidertracht zu mischen, als es meine Pflicht sei, die Frauen zu ermahnen, daß sie sich bescheiden und ehrbar kleiden; daß ich mich aber als Pole sehr gedemüthigt fühlen würde, wenn die Frauen ohne allen gerechten Grund heitere Farben anlegten, da dies ein Beweis von Leichtsinne sein würde, dessen man sich ohnehin so oft beschuldigt. Eine Trauer-Andacht habe ich am 8. April in keiner Kirche verboten; ich selbst aber habe nicht öffentlich celebrirt, nicht deshalb, weil ich die Nationaltrauer nicht theilen oder nicht achten wollte, sondern damit ich die Nation bestimme überzeuge, daß ich mich auf den die kirchliche Unabhängigkeit beeinträchtigenden Weg der Manifestationen, wo die Laien sich das Recht anmaßen, in der Kirche zu befehlen, auch durch die edelsten Beweggründe nicht leiten lasse. In Betreff der Juden endlich habe ich kein Circular erlassen und in dieser Hinsicht keine Neuerung eingeführt, indem ich festhalte an dem von so vielen heiligen Bischöfen betretenen Wege der Achtung des kanonischen Rechtes und der Synodalbeschlüsse. Will mir Jemand es als Verbrechen

anrechnen, daß ich als Wächter der katholischen Tradition dieselbe nicht mißachten will, so möge er bedenken, daß er zugleich mit mir auch Männer wie Woronowicz, Fialkowski und alle unsere anderen Bischöfe verdammt.“ — Von den Bischöfen Polens begeben sich zur Canonisationsfeier nach Rom: Bischof Borowski aus Schitomir und Bischof Marzewski aus Kalisch. Beide sind durch ihr Auftreten gegen die politisch-religiösen Demonstrationen bekannt. Aus Galizien reist kein Bischof nach Rom. Wie es hieß, wollten die deutschen Bischöfe in Triest zusammentreffen und sich von dort auf einem Lloyd-Dampfer, Italien umschiffend, nach Civita Vecchia begeben. Der Erzbischof von Przyluski hat aber diese Einladung, wie der „Tygodnik Kat.“ mittheilt, aus dem Grunde abgelehnt, weil er sich nicht zum deutschen Episcopat rechnen. Er wird die Reise über Paris und Marseille machen, um nicht die piemontesischen Staaten zu berühren. (Dft.-Z.)

Machen, 14. Mai. [Zu den Wahlen.] Der im ersten aachener Wahlbezirk (Montjoie, Malmédy, Schleiden) zum Abgeordneten gewählte Herr Advokat-Anwalt Arnold Edmund Pelzer hat, nach den „R. Bl.“, das ihm übertragene Mandat abgelehnt. Die dadurch notwendig werdende Ersatzwahl ist auf Donnerstag, den 22. d. M., anberaumt.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 15. Mai. [Vom Bundestage.] Der offizielle Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 13. d. M. lautet nach der „Frankf. Postztg.“: „In der Sitzung vom 8. d. M. war von dem königlich preussischen Gesandten beantragt worden, die Eingabe der 87 taffeler Wähler, welche damals von der Bundes-Versammlung der Reclamations-Commission zugewiesen wurde, sofort an den Ausschuss für die kurfürstliche Verfassungs-Angelegenheit gelangen zu lassen, und der kurfürstlich hessische Gesandte hatte sich zu einer Erwiderung auf die zur Begründung dieses Antrages abgegebene Abstimmung veranlaßt gesehen. In der heutigen Sitzung erfolgte nun eine Erklärung des königlich preussischen Gesandten, in welcher er seine früheren Behauptungen aufrecht erhielt, worauf von dem kurfürstlichen Gesandten seiner höchsten Regierung eine Gegenerklärung vorbehalten wurde.“

Kurhessen gab eine Erklärung zu Protokoll, in welcher bezüglich des in der Sitzung vom 10. d. M. von Oesterreich und Preußen gestellten Antrages im Wesentlichen Folgendes ausgeführt wurde:

Die Bundesversammlung sei verpflichtet, den Antrag, von welchem die kurfürstliche Regierung behauptet, daß derselbe in den Bundesgesetzen keine Begründung finde, nach dem Bundesrecht zu prüfen und, wenn der Beschluß dem Antrage entsprechend ausfallen sollte, darzulegen, daß und welcher Gestalt der Beschluß in den Bundesgesetzen seine Begründung finde.

Der jetzige Verfassungs- und Rechtszustand in Kurhessen, an dessen Gründung Oesterreich und Preußen den hervorragenden Antheil genommen hätten, und welcher nur insofern seine endliche Erlebigung noch nicht gefunden habe, als die kurfürstliche Regierung die ihr in Aussicht gestellte Garantie für die Verfassung vom 30. Mai 1860 noch nicht nachgeschickt, beziehungsweise erhalten habe, beruhe einestheils auf noch in voller Kraft bestehenden Bundesbeschlüssen und sei andertheils dergehalt eine innere Landesangelegenheit geworden, daß die Bundesversammlung nicht berechtigt erscheine, daran ohne Einwilligung der kurfürstlichen Regierung zu ändern. Insbesondere sei die Frage wegen Einberufung der zweiten Kammer und der zu diesem Zwecke anzuordnenden Wahlen eine rein innere Landesangelegenheit. Ein hiergegen angehender, die kurfürstliche Regierung an Vornahme der Wahlen hindernder Bundesbeschluß würde eine Verletzung der bundesgesetzlich garantierten Unabhängigkeit eines Bundesglieds sein, während ein bloßes Eruchen der bestimmten verfassungsmäßigen Verpflichtung gegenüber von der kurfürstlichen Regierung selbstverständlich nicht berüchtigt werden könnte, indem ein Eruchen den betreffenden Minister vor einer Verfassungsverletzung und deren Folgen nicht schützen könnte. Die Verordnung vom 26. April l. J. sei durch das auf den letzten drei Landtagen von der zweiten Kammer beobachtete Verfahren geboten gewesen und enthalte nicht das Allergeringste, was nicht schon in der bloßen Vornahme des Wahlakts rechtlich und thatsächlich liege und damit ausgesprochen werde, wenn derselbe in verfassungsmäßiger Weise und ohne Mentalreservation geschehe. Die kurfürstliche Regierung sei daher mit dieser Verordnung nicht über das Gebiet der Handhabung und Vollziehung der Gesetze hinausgegangen und dürfe mit Zuversicht von der Bundesversammlung erwarten, daß ihr durch Suspension der nach dieser Verordnung vorzunehmenden Wahlen, mithin durch Sinderung des verfassungsmäßigen Ganges der Regierung ein Zustand im Lande nicht bereitet werde, wodurch ein verfassungswidriger Zustand wenn nicht unmittelbar herbeigeführt, doch vorbereitet werden würde.

Als Johann zur Abstimmung über den gemeinschaftlichen Antrag Oesterreichs und Preußens geschritten werden sollte, erklärte das Präsidium, es bedauere, daß die kurfürstlich hessische Regierung sich durch den in der vorigen Sitzung von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag nicht zu einer entgegenkommenden Erklärung veranlaßt gesehen habe, bege aber, ungeachtet der in heutiger Sitzung von dem Herrn Gesandten von Kurhessen zu Protokoll gegebenen Erklärung, die Hoffnung, daß die kurfürstliche Regierung einem diesem Antrage entsprechenden Beschlusse der hohen Bundesversammlung Folge geben werde.

Der kurfürstliche Gesandte beantragte mit Bezugnahme auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung, daß der Antrag zuvörderst einem Ausschuss zur Begutachtung zugewiesen werden möge. Die Mehrheit der Bundesversammlung sprach sich jedoch für sofortige Abstimmung über den gedachten Antrag aus und erhob denselben alsbald zum Beschluß. Zugleich wurde beschlossen, den kurfürstlichen Gesandten zu eruchen, den gedachten Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.“

Kassel, 14. Mai. [Graf v. Thun] ist, wie der „Z. f. N.“ von hier geschrieben wird, in außerordentlicher Mission der österreichischen Regierung hier eingetroffen.

Hanau, 14. Mai. [Ueber den Einbruch in das Pfand-Lokal in Hanau] erfährt die „N. Fr. Z.“, daß die den Steuer-verweigerern gepfändeten, jüngst gestohlenen Goldsachen im Besitze einer ländlichen Dirne des Kreises Gelnhausen sämtlich vorgefunden worden sind. Dem Diebe ist man bereits auf der Spur.

Koburg, 15. Mai. [Vom Hofe.] Die durch eine Unpäßlichkeit der Frau Herzogin am 12. d. Mts. verhinderte Abreise von Alexandrien dürfte, wie eine telegraphische Nachricht meldet, nun am 19. d. M. stattfinden, so daß die hohe Reisegeellschaft etwa am 27. oder 28. Mai hier zu erwarten wäre. Ihre Hoheiten der Herzog und die Frau Herzogin werden ihren Aufenthalt dann auf dem nahen Schlosse Kallenberg nehmen.

Frankreich.

Paris, 14. Mai. [Die mexikanische Angelegenheit.] Wie der „Indep. belge“ aus Paris berichtet wird, hat General Prim an dortige Freunde geschrieben, es werde ihm auf die Dauer kaum möglich sein, trotz seines lebhaften Wunsches, mit den Franzosen in gutem Einvernehmen zu bleiben, da von französischer Seite verfahren werde, als sei gar kein londoner Vertrag vorhanden, wonach den Verbündeten ausdrücklich jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexiko's untersagt sei. Man arbeitet aber in Madrid sowohl wie in der Havanna entschieden dahin, daß in Mexiko die Contre-Revolution in Schwung gebracht und eine monarchische Restauration, und wo möglich später eine Wiederherstellung der spanischen Herrschaft, wie in San Domingo, vorbereitet werde. Diese Partei findet an der Kaiserin Eugenie eine eifrige Fürsprecherin.

„Siecle“ sagt über die mexikanische Expedition: „Wir halten es

